

MUSTER

**Qualitätssicherungsvereinbarung
(QSV)**
**zur ausreichenden Verkehrsbedienung bei
eigenwirtschaftlichen Verkehren
auf den lokalen Linien XXX und XXX**
im Linienbündel
XXX

zwischen der

Aufgabenträgerorganisation

Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV)

- ZOV-Verkehr -

Hanauer Straße 22

61169 Friedberg / Hessen

und dem

Verkehrsunternehmen (VU)

XXX

Anschrift

Präambel

- (1) Dieser Vertrag basiert auf der Grundlage des Regionalisierungsgesetzes (RegG), des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) sowie des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen (Hess. ÖPNVG) in der jeweils gültigen Fassung und regelt die Kooperation und die Tarifierung zwischen den Parteien sowie die Sicherung des Qualitätsniveaus.
- (2) Der ZOV ist als Aufgabenträgerorganisation für den lokalen Bus- und Bedarfsverkehr hinsichtlich der Sicherstellung einer ausreichenden Verkehrsbedienung der Bevölkerung in seinem Verkehrsraum zuständig.
- (3) Grundlage hinsichtlich der auf den Linien XXX und XXX zu leistenden Qualität ist vorliegend das eigenwirtschaftliche Angebot des VU, zu dessen Erbringung es per Genehmigung verpflichtet ist. Aufsichtsbehörde hinsichtlich der Erbringung jener Qualität ist das Regierungspräsidium (RP) XXX als zuständige Genehmigungsbehörde. Die nachfolgenden Bestimmungen dienen der Einbindung der Verkehrsleistung auf den Linien XXX und XXX in das RMV-Verbundsystem.

TEIL A: ALLGEMEINER TEIL

§ 1 Gegenstand des Vertrages

- (1) Gegenstand des Vertrages ist die erforderliche Sicherstellung der ausreichenden Verkehrsbedienung auch bei Durchführung eigenwirtschaftlicher Linienverkehre gemäß den Bestimmungen des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) im Buspersonennahverkehr (BPNV) im RMV-Verbundraum.

Die Anforderungen an die ausreichende Verkehrsbedienung für das lokale Fahrplanangebot des Linienbündels XXX ergeben sich aus dieser Qualitätssicherungsvereinbarung sowie aus den konkretisierten Anforderungen gemäß Anhang 2. Soweit dort nicht abweichend geregelt, gelten im Übrigen die Anforderungen des lokalen Nahverkehrsplans des Zweckverbandes Oberhessische Versorgungsbetriebe (NVP) entsprechend.
- (2) Die Verkehrsdienstleistungen sind - gemäß der mit Bescheid des RP XXX vom XX.XX.20XX dem VU erteilten Genehmigung (Anhang 1) - für die lokalen Linien XXX und XXX des Linienbündels XXX zu erbringen.
- (3) Dieser Vertrag regelt insbesondere die
 - Anwendung des RMV-Verbundtarifes
 - Meldung, Abrechnung und Zuschreibung der Einnahmen
 - Sicherung der Angebotsqualität
- (4) Bei Widersprüchen gelten, wobei Reihenfolge gleich Rangfolge ist:
 - die Genehmigung des RP XXX vom XX.XX.20XX
 - diese Vereinbarung
 - die konkretisierten Anforderungen an die ausreichende Verkehrsbedienung gemäß Anhang 2
 - die Ausreichende Verkehrsbedienung (AVB) im ZOV-Verbandsgebiet

- der Nahverkehrsplan für den Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe¹ (im Folgenden „NVP“ genannt)

(5) Die Geltung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen des VU ist ausgeschlossen.

§ 2 Betriebsaufnahme und Laufzeit

- (1) Die Betriebsaufnahme erfolgt am **XX.XX.20XX**.
- (2) Der Vertrag tritt nach Gegenzeichnung durch den ZOV, frühestens jedoch mit Erteilung der Genehmigung, in Kraft und endet nach **XX** Fahrplanjahren am **XX.XX.20XX** als letztem Betriebstag, längstens jedoch solange wie die erteilte Genehmigung gemäß Anhang 1 Bestand hat.

§ 3 Zuständigkeit

- (1) Auf Grundlage der § 1 Absatz 1 RegG, § 8 Absätze 3 und 4 PBefG, § 5 Absatz 2 Hess. ÖPNVG sowie den Bestimmungen im Nahverkehrsplan ist der Zweckverband Oberhessischer Versorgungsbetriebe (ZOV), Hanauer Straße 22, 61169 Friedberg (Hessen) zuständige Stelle in der Festlegung der ausreichenden Verkehrsbedienung gemäß Anhang 2.
- (2) Zuständige Aufsichtsbehörde gemäß § 54 PBefG ist das Regierungspräsidium **XXX**.

§ 4 Rechtsstellung, Liniengenehmigung und Tarifierung

- (1) Das VU bleibt Träger der Rechte und Pflichten, die sich aus den für es geltenden Rechtsvorschriften ergeben. Die Verpflichtungen des VU nach §§ 21 und 22 PBefG bleiben unberührt. Der Beförderungsvertrag kommt zwischen ihm und dem Fahrgast zustande. Das VU haftet für Schäden der Fahrgäste und stellt den ZOV insoweit frei.
- (2) Das VU ist für den Bestand der Genehmigung während der gesamten Vertragslaufzeit verantwortlich.
- (3) Das VU verpflichtet sich, den RMV-Tarif anzuwenden. Näheres ist dem Anhang 2 unter Kapitel 1.4.1 zu entnehmen.
- (4) Der ZOV kann sich zur Wahrnehmung seiner Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag Dritter bedienen. Das VU wird hierdurch nicht mit zusätzlichen Kosten belastet.

§ 5 Informationspflichten

- (1) Das VU meldet Fahrtausfälle nachrichtlich dem ZOV.
- (2) Es gelten die weiteren Informationspflichten gemäß Anhang 2 dieser Vereinbarung.

§ 6 Zusammenarbeit

- (1) Bei Fragen zur praktischen Umsetzung der Vertragsdurchführung kann eine Arbeitsgruppe gebildet werden.
- (2) Das VU verpflichtet sich im Bedarfsfall, im Rahmen seiner betrieblichen Möglichkeiten, an übergreifenden Projekten und Aufgabenstellungen des ZOV, die für die Verkehrsunternehmen des ÖPNV im Verbundraum des RMV von Interesse sind, mitzuarbeiten.

¹ Der Nahverkehrsplan ist abrufbar unter <http://www.zov.de> unter dem Menüpunkt „Verkehr“ und dem Untermenüpunkt „Nahverkehrsplan“

- (3) Das VU räumt dem ZOV bzw. dem RMV an den nach Kapitel 3.1.4 der AVB kostenlos zur Verfügung zu stellenden Fahrplandaten (Soll-Daten), Pünktlichkeitsdaten sowie sämtlichen real-time-Informationen zum aktuellen Betriebsablauf (Ist-Daten) ein umfassendes und nicht ausschließliches Nutzungs- und Verwertungsrecht ein. Hierdurch entstehen für den ZOV bzw. RMV keine weiteren Verpflichtungen. Die Aufnahme der Daten in die elektronischen Auskunftssysteme des ZOV bzw. RMV erfolgt für das VU kostenneutral.
- (4) Der ZOV oder von diesem beauftragte Dritte sind berechtigt, auf den vertragsgegenständlichen Linien nach § 1 Absatz 1 Fahrgastbefragungen und -zählungen durchzuführen. Hierfür gewährt das VU dem ZOV oder von diesem beauftragten Dritten jederzeit freien Zugang zu den eingesetzten Fahrzeugen und stattet diese mit entsprechenden Berechtigungsausweisen aus.
- (5) Das VU hat sich insbesondere hinsichtlich der Anschlusssicherung und der Wahrung eines Integralen Taktfahrplanes (ITF) kooperativ gegenüber den anderen Verkehrsanbietern im Gebiet des RMV zu verhalten. Das VU ist verpflichtet, den ZOV bei Streitigkeiten mit Dritten, die den Betrieb der vertragsgegenständlichen Linien betreffen und behindern könnten, umgehend zu informieren.

TEIL B: EINNAHMENAUFTEILUNG

§ 7 Verfahren der Einnahmenaufteilung

- (1) Der RMV ist für die verbundweite Einnahmenaufteilung (EA) auf die Aufgabenträgerorganisationen (§ 7 Absatz 8 ÖPNVG) und hinsichtlich der regionalen Verkehrsdienstleistungen für die Zusage der auf diese entfallenden Einnahmen zuständig. Die der Aufgabenträgerorganisation ZOV landkreisbezogen zugeschiedenen Fahrgeldeinnahmen werden über die lokale Einnahmenaufteilung nach einem sachgerechten, ZOV-weit einheitlichen Verfahren auf alle Linien(bündel) im ZOV-Liniennetz verteilt.

- (2) **Einnahmen im Sinne der EA sind:**

- Bruttofahrgeldeinnahmen aus den nach dem Verbundtarif ausgegebenen Fahrkarten
- Bruttofahrgeldeinnahmen aus Sonderangeboten
- Bruttofahrgeldeinnahmen, die aus Übergangs- und Gemeinschaftstarifen sowie sonstigen Vereinbarungen erzielt werden, die mit Verkehrsverbünden, Verkehrsgemeinschaften, Tarifgemeinschaften, dem Verkehrsverbund nicht angehörenden Verkehrsunternehmen und Verkehrsunternehmen, die mit einem Teilnetz dem Verbundnetz nicht angehören, vereinbart sind.

Keine Einnahmen im Sinne der EA sind:

- die erhöhten Beförderungsentgelte
 - Abgeltungszahlungen nach § 228 ff. Sozialgesetzbuch IX (SGB).
- (3) Bei dem geltenden Einnahmenaufteilungsverfahren verbleiben die kassentechnischen Einnahmen, d.h. die Summe der Erlöse aller verkauften Fahrkarten des VU, **zunächst** bei diesem Unternehmen. Im Rahmen der Einnahmenaufteilung ist dieser Betrag um Erlöse von sogenannten „Fremdnutzern“ zu korrigieren. Fremdnutzer sind Fahrgäste, die ihre Fahrkarte bei einem anderen als dem befördernden VU gekauft haben bzw. Fahrgäste, die mit Fahrkarten des VU Verkehrsmittel anderer Verkehrsunternehmen im RMV benutzen.

Der Jahreserlös des VU umfasst somit

- die kassentechnischen Einnahmen dieses VU
 - erhöht um Erlöse aus Fahrten bzw. Fahrtabschnitten „fremder“ Fahrgäste auf eigenen Linien
 - und vermindert um Erlöse aus Fahrten bzw. Fahrtabschnitten „eigener“ Fahrgäste auf Linien fremder VU
- (4) Der lokalen Einnahmenaufteilung im ZOV werden die aktuellsten verfügbaren Verkehrsnachfragedaten der RMV-Fahrgasterhebung zu Grunde gelegt. Schlüsselgrößen der Verteilungsrechnung sind die Fahrgastzahlen und die Verkehrsleistung differenziert nach Tarifgruppen. Fahrgastzahlen und Verkehrsleistung bilden jeweils 50% des Gesamtschlüssels. Die lokale Einnahmenaufteilung erfolgt getrennt für die drei Landkreise des ZOV-Gebietes nach denselben Prinzipien. Für jeden Landkreis wird ein eigenständiges Rechenwerk mit den lokalen Nachfrage- und Einnahmendaten aufgebaut.
- (5) Auf Initiative eines oder mehrerer lokaler Verkehrsunternehmen wird unter Vorlage entsprechender Daten und Dokumente (begründete Darlegung des Sachverhaltes) geprüft, ob Fortschreibungsmaßnahmen mit dem Ziel einer Veränderung der Verteilungsgrundlagen in einer LNO erforderlich sind. Der ZOV wird die jeweilige Sachlage aufbereiten und den betroffenen lokalen Verkehrsunternehmen einen Lösungsvorschlag unterbreiten. Sofern der Vorschlag einstimmig angenommen wird, werden die Fortschreibungsmaßnahmen in die lokale EA eingearbeitet. Ansonsten verbleiben die Verteilungsschlüssel unverändert.
- (6) Sofern die lokalen Verkehrsunternehmen zur Verbesserung der Nachfragedatenbasis aus der RMV-Fahrgasterhebung eine zusätzliche Fahrgasterhebung für erforderlich halten, so muss die Fahrgasterhebung über ein unabhängiges Ingenieurbüro oder fachlich geeignetes Dienstleistungsunternehmen durchgeführt werden. Die Erhebung wird vom ZOV beauftragt. Die Kosten werden vollständig auf die Verkehrsunternehmen umgelegt, die die Erhebung beauftragt haben. Die lokalen Verkehrsunternehmen bestätigen schriftlich die Kostenübernahme, bevor der Erhebungsauftrag erteilt wird. Die Kosten werden mit der Abschlagsrechnung verrechnet. Die Erhebungsergebnisse werden in die Nachfragedatenbasis der lokalen Einnahmenaufteilung eingearbeitet.

§ 8 Einnahmenmeldung und Einnahmenabrechnung

- (1) Das VU meldet dem ZOV die erzielten kassentechnischen Einnahmen und Erträge aus dem Verkauf von Fahrkarten für die vertragsgegenständlichen lokalen Linien nach dem im jeweils aktuell gültigen RMV-Datenhandbuch (siehe Anlage 17 der RMV-Mustervergabeunterlagen) dargestellten Verfahren. Diese Meldung muss
- **monatlich** bis spätestens zum 08. des Folgemonats sowie
 - **jährlich** für das vergangene Kalenderjahr mit einem Testat eines Wirtschaftsprüfers bis zum 28.02. des nachfolgenden Kalenderjahres erfolgen.

Kommt das VU seiner Pflicht der Einnahmenmeldungen, des Einnahmentestats und/oder des Testats der Kapazitäts- und Leistungsstatistik (siehe Anhang 2 Kapitel 1.4.3 Absatz 10) nicht, nicht vollständig, nicht fehlerfrei oder nicht fristgemäß nach, kann eine Zuschuldung der Einnahmen bzw. Abschlagszahlung nicht erfolgen.

- (2) Zur Liquiditätssicherung veranlasst der ZOV gegenüber dem VU monatlich jeweils zum 10. des Folgemonats Abschlagszahlungen in Höhe von 98% der laut ZOV-Hochrechnung zuzuscheidenden Einnahmen. Diese basieren auf den jährlichen EA-Liniendaten des RMV unter Berücksichtigung der im jeweiligen Fahrplanjahr zu erwartenden kassentechnischen Einnahmen.
- (3) Nach verbindlicher Einnahmenaufteilung erfolgt zum 30.11. des nachfolgenden Kalenderjahres die Spitzabrechnung zwischen RMV und ZOV auf der Grundlage der vom Wirtschaftsprüfer testierten und vom Aufsichtsrat beschlossenen Einnahmenaufteilungsrechnung des RMV. Danach erfolgt eine Spitzabrechnung zwischen ZOV und VU auf Grundlage der verbindlichen lokalen Einnahmenaufteilung bis zum 31.03. des darauffolgenden Jahres.
- (4) Das VU hat dafür Sorge zu tragen, die vereinnahmten kassentechnischen Einnahmen und Erträge sowie die vom ZOV nach der EA zugeschiedenen Einnahmen mit dem jeweils gültigen Mehrwertsteuersatz zu versteuern.

TEIL C: SCHLUSSBESTIMMUNGEN

§ 9 Kündigung

Dieser Vertrag kann nur im Einvernehmen oder aus wichtigem Grund, den der kündigende Teil nicht zu vertreten hat und der diesem unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles und unter Abwägung der beiderseitigen Interessen das Aufrechterhalten des Vertrages unzumutbar macht, vorzeitig gekündigt oder angepasst werden. Die Kündigung kann unter Nennung einer Frist erfolgen, die zur Auswahl eines Dritten und zur Vorbereitung der Betriebsaufnahme durch diesen erforderlich ist. Als wichtiger Grund gilt insbesondere

- wenn die Gültigkeit der Genehmigungsurkunde erlischt,
- wenn das VU seine Verpflichtungen aus diesem Vertrag wiederholt oder dauerhaft trotz mindestens zweimaliger Abmahnung verletzt und das VU dies zu vertreten hat,
- wenn vom EuGH oder vom Gericht I. Instanz rechtskräftig ein Verstoß gegen primäres oder sekundäres Gemeinschaftsrecht festgestellt wird, der in dem Abschluss dieses Vertrages seinen Grund hat und aus dem festgestellten Verstoß eine Rechtspflicht des Mitgliedstaates zur Beendigung des gemeinschaftswidrigen Zustandes resultiert oder von der Europäischen Kommission oder von einer deutschen Behörde unter Berufung auf die gerichtliche Entscheidung vom ZOV verlangt wird.

Falls das VU die Qualitätsanforderungen an die Verkehrserbringung dauerhaft unterschreitet, wird der ZOV bei der Genehmigungsbehörde auf eine Genehmigungsaufhebung hinwirken.

§ 10 Gerichtsstand

Gerichtsstand ist Friedberg in Hessen.

§ 11 Schlussbestimmungen

- (1) Dieser Vertrag wird Bestandteil der Genehmigung nach § 13 PBefG.
- (2) Alle Änderungen und Ergänzungen zu diesem Vertrag bedürfen der Schriftform. Mündliche Vereinbarungen oder Zusicherungen zu diesem Vertrag sind unwirksam.
- (3) Der Vertrag wird zweifach ausgefertigt. Das VU und der ZOV erhalten jeweils ein Exemplar.
- (4) Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung unwirksam sein oder aus tatsächlichen oder Rechtsgründen nicht durchgeführt werden können, ohne dass damit die Aufrechterhaltung der Vereinbarung für einen der Vertragspartner insgesamt unzumutbar wird, werden dadurch die übrigen Bestimmungen dieser Vereinbarung nicht berührt. Das gleiche gilt, falls sich eine Regelungslücke zeigen sollte. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen oder zur Ausfüllung einer Regelungslücke ist eine Bestimmung zu vereinbaren, die dem von den Vereinbarungspartnern angestrebten Zweck wirtschaftlich am nächsten kommt.

Friedberg / Hessen, den _____

Zweckverband Oberhessische Versorgungs-
betriebe (ZOV)

Zweckverband Oberhessische Versorgungs-
betriebe (ZOV)

XXX

XXX

XXX, den _____

VU

Name

Geschäftsführer

Anhang 1: Kopie der Genehmigungsurkunde (inklusive der Fahrpläne)

Anhang 2: konkretisierte Anforderungen an die ausreichende Verkehrsbedienung